Herforder Zeitung

für Stadt und Land

Bezugspreis 700.00 Mk. monatlich. Bei Postbezug 700.00 Mk. u. Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag Fr. Kuhle Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 Postscheckkonto Nr. 5796 Scheckamt Hannover

Anzeigenpreis 18.00 Mk. die 1spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford Reklamen die Zeile 40.00 Mark

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford — Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 12. Herford, Montag, den 15. Januar 1923 41. Jahrgang.

Der Reichstag geschlossen hinter der Regierung.

Einverständnis mit allen Abwehrmaßnahmen.

Berlin, 13. Jan. Um 2 Uhr nachmittags beginnt die Plenarsitzung des Reichstages, auf deren Tagesordnung die Entgegennahme einer Regierungserklärung über die französische Besetzung des Ruhrgebietes steht. Aber in Wirklichkeit ist der ganze Reichstag schon zwischen 10 und 11 Uhr vormittags im Wallothaus versammelt, auf dessen Dach heute die Fahnen in den Reichsfarben und Halbmast geflaggt sind zum Zeichen der Trauer über den bewaffneten Einfall in deutsches Gebiet. Alle Fraktionen sind im Laufe des Vormittags zusammengetreten, und die Frage, die in allen Beratungszimmern zu gleicher Zeit erörtert wird, ist die, in welcher Form der Reichstag zu den Erklärungen des Reichskanzlers Stellung nehmen soll.

In der Diplomatenloge sitzt wartend der englische Botschafter. Neben ihm der italienische Botschafter Bosdali. Dagegen fehlen der französische Botschafter und der belgische Gesandte.

Präsident Loebe

eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten:

Ich eröffne die Sitzung des Reichstages, die Stellung nehmen soll zu dem empörenden militärischen Gewaltakte, der unserem Lande und unserem Volke in diesen Tagen widerfährt. Ohne den Verhandlungen dieses Hauses vorzugreifen, in denen jede Partei für sich von ihrem Gesichtspunkte aus zu dem Attentat auf den Frieden Mitteleuropas Stellung nehmen wird, möchte ich mir ein Wort erlauben an die Landsleute an der Ruhr, die zuerst und am härtesten durch diesen Friedensbruch in Not und Leiden gebracht worden sind. (Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen; nur die Kommunisten bleiben sitzen):

Wir möchten euch zurufen: Haltet euch so, daß an dem Tage, an dem die Fremdherrschaft von euch genommen wird, ihr vor euch selbst bestehen könnt und daß eure Kinder von euch bekennen können: Unsere Väter haben mit Festigkeit und Treue, mit Stolz und Würde aufrecht gestanden, als dieser Schlag geführt wurde. Sie haben weder durch unwürdige Liebedienerei und Unterwürfigkeit, noch durch Unbesonnenheiten den Namen unseres Volkes geschändet. Haltet euch so, daß ihr, wenn auch äußerlich geknechtet, euch innerlich frei ins Auge sehen könnt. Vor der Welt werden wir diesem Gewaltstreich voll Trauer gegenüberstehen, vor der Geschichte aber weisen wir darauf hin, daß hier ein Streich geführt wird gegen den Frieden des Landes, gegen die Freiheit und das Recht seiner Bewohner, der seinen Stachel in sich trägt. Nicht nur gegen uns, sondern gegen alle, die eine ruhige Entwicklung wollen und der die verhängnisvollsten Folgen für den allgemeinen Frieden haben muß. (Sehr richtig!) Wenn ich als deutscher Volksvertreter das Recht hätte, zum französischen Volke zu sprechen — dieses Recht haben unsere Gegner während des Krieges in unbeschränktem Maße für sich in Anspruch genommen —, dann würde ich sagen: Prüft! Prüft selbst, ob der Weg, den eure Machthaber einschlagen, der ist, der euch zu eurem Recht, zu euren Ansprüchen, zu Friede und Ruhe führen kann! Prüft selbst, ob er nicht vielmehr Erbitterung, Haß und Wut wecken muß und auch das Unvermögen zur Erfüllung anderer Ansprüche. Ihr und wir, eure Nachkommen und die unsrigen werden die furchtbaren Folgen zu tragen haben, die dieser Drachensaat entspringen. (Sehr richtig!) Deshalb macht es rückgängig, das Unrecht, das ihr an uns verübt. Mit all den anderen der letzten Jahre, ehe es uns und euch verschlingt. (Lebhafter Beifall!)

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Cuno:

Meine Damen und Herren! Vorgestern, am 1. Januar 1923, drangen französische und belgische Truppen in zwei Hauptkolonnen in friedliches deutsches Gebiet ein (Pfuirufe rechts), überschritten die Grenzen, die nach Artikel 428 des Vertrages von Versailles der Besatzung durch Truppen der alliierten und assoziierten Mächte gezogen sind. Ja, sogar die vorgesehene Grenze des Gebietes, das im Widerspruch mit den Bestimmungen des Vertrages unter dem Namen von „Sanktionen" bezeichnet worden ist. Die Truppen waren kriegsmäßig ausgerüstet. Sie führten außer ihren Feldküchen Munitionsfahrzeuge, Geräte-, Gepäck- und Lazarettwagen mit sich. (Hört, hört!) An der Spitze marschierten

Kavallericabteilungen mit gezogenen Säbeln.

(Unerhört!) Am Marktplatz in Essen fuhren Panzerwagen auf, Maschinengewehre wurden in Stellung gebracht, der Belagerungszustand verhängt, für jede Uebertretung des Gesetzes gerichtliche Bestrafung angedroht. (Unerhört!) Bei den besetzenden Truppen befanden sich belgische Abteilungen aller Art. Diese Besetzung vollzog sich mit allen kriegsmäßigen Sicherungen, einem Lande und einem Volk gegenüber, das die Entwaffnung durchgeführt hat und friedlicher Arbeit sich widmet, das nicht daran denken konnte und nicht daran gedacht hat, der bereitgestellten Armee französisch-belgischer Truppen auch nur einen Mann oder ein Gewehr entgegenzustellen.

Der Einleitung dieser Maßnahmen waren vorangegangen am 10. Januar die Uebergabe einer Notifizierung durch den französischen Botschafter und den belgischen Geschäftsträger in Berlin an den Reichsminister des Auswärtigen, nach der auf Grund der von der Reparationskommission am 9. Januar, also zwei Tage nach Beginn der Truppenbewegungen (Hört, hört!), festgestellten Unvollständigkeit der deutschen Gestellungen an Holz und Kohle die französische Regierung beschlossen habe, eine aus Ingenieuren bestehende Kontrollkommission in das Ruhrgebiet zu entsenden.

In jenem Vertrage von Versailles haben wir schwerste Verpflichtungen zum Ersatz der Kriegsschäden übernommen. So schwer die Last ist, so gewährt der Vertrag von Versailles immerhin Deutschland das Recht, die ihm auferlegten Leistungen nach seinen Hilfsmitteln und seiner Leistungsfähigkeit zu messen, weiter das unverbrüchliche Recht, von der Reparationskommission hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit gehört zu werden. Mehr als einmal hat die deutsche Regierung im Laufe der letzten drei Jahre erfahren müssen, daß dieses Recht Deutschlands nicht ausreichend beachtet wurde. (Sehr richtig!) Fast die ganze Handelsflotte haben wir dahingegeben, Binnenschiffe in großer Zahl, Lokomotiven usw. bis zu einem Grade der Lähmung des Verkehrswesens. (Sehr wahr!) Wir haben das deutsche Eigentum im Auslande hingegeben, den Ertrag der Arbeiten von Generationen. Wir haben ferner Maschinen und Baustoffe hingegeben, alles Leistungen, die fast größer waren, als es die Rücksicht auf die eigene Wirtschaft gestattete. (Sehr wahr!)

Ich frage die ganze Welt,

ob jemals ein Volk mehr geleistet hat und mehr hat leisten können, das durch die Absperrung vom Weltverkehr, durch die Verluste des Krieges, durch Hunger und Entbehrungen aller Art entnervt und entkräftet wurde. Ich frage: Wie kann Herr Poincare in seiner Kammerrede erklären, er könne nicht mehr auf die falschen Versprechungen Deutschlands zählen und sich dadurch täuschen lassen? Wie kann er der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß Deutschland keinerlei Anstrengungen machen werde, seine Verpflichtungen zu erfüllen, ohne daß Zwang ausgeübt wird? Wie läßt vor aller Welt sich diese Behauptung aufrechterhalten? Denn Tatsache ist, daß die deutsche Regierung nicht nur durch Erklärungen, sondern durch Vorschläge und Maßnahmen um die Lösung des Reparationsproblems in einer für Frankreich günstigen Weise bemüht war, nachdem durch das Urteil aller Sachverständigen der internationalen Finanzwelt wie auch der Sachverständigen der Gläubigerstaaten und endlich auch durch die Reparationskommission selbst die gegenwärtige Zahlungsunfähigkeit Deutschlands festgestellt war? (Sehr richtig!)

Was wird die Ingenieurexpedition im Ruhrgebiet, darüber hinaus dem Weltvermögen an Mitteln und Werten entziehen! Wo bleiben die wirtschaftlichen Gründe, auf die sich Herr Poincare beim Einmarsch ins Ruhrgebiet zu stützen glaubte? So wenig wirtschaftliche Gründe er hat, so wenig läßt sich ein Rechtsgrund für sein Beginnen geltend machen. Ich kann das mit Worten nicht schärfer umreißen, als es in der Note geschieht, die gestern dem französischen Botschafter und dem belgischen Geschäftsträger übergeben wurde.

Sowohl den Unterzeichnern des Friedensvertrages, wie den neutralen Staaten haben wir unsere Auffassung dargelegt. Den Regierungen Frankreichs und Belgiens haben wir unseren Protest gegen den Rechtsbruch erklärt. Unser Botschafter in Paris und unser Gesandter in Brüssel sind zurückgezogen worden.

Solange der vertragswidrige Zustand, geschaffen durch den

gewaltsamen Eingriff in das Zentrum der deutschen Wirtschaft,

andauert, und die tatsächlichen Folgen nicht beseitigt sind, ist Deutschland nicht in der Lage, Leistungen an diejenigen Mächte zu bewirken, die diese Zustände herbei geführt haben. Es ist wenig, bitter wenig, was wir der Gewalttat äußerlich entgegensetzen können; was wir innerlich ihr entgegensetzen können und müssen, ist mehr:

Wille und Entschluß!

Wohl frage ich die anderen wieder vor der Völkergesamtheit, ob sie sich Frieden für die Welt und Versöhnung erhoffen können, wenn hier Gewalt über das Recht siegt, über das innere Recht eines Volkes und über das Recht eines Vertrages, unter dem die Unterschriften fast aller Staaten der Welt stehen. Aber ich richte keinen Appell an sie, denn ich weiß, daß über den Geschicken der Nationen harte Interessenfragen walten. Dürfen wir erwarten, daß die Zwangsläufigkeit wirtschaftlicher Entwicklungen über kurz oder lang zu einer Wende führen wird, ehe sich vielleicht ein Brand entzündet, der nicht nur Deutschland, sondern Europa bedroht?

Zunächst stehen wir allein.

Wirtschaftliche Reparationsverhandlungen, zu denen wir bereit waren und bei Wiederherstellung des Rechtes immer bereit sein werden, versprechen ohne eine grundsätzliche Umstellung unseres wichtigsten Gläubigers keinen Erfolg.

Es handelt sich nicht um Reparationen, es handelt sich um jenes alte Ziel, das seit mehr als 400 Jahren der französischen Politik eigen ist und dessen unveränderte Geltung durch die Denkschrift des Herrn Darion auch dem nur im Tage Lebenden enthüllt wurde. Es ist die

Politik, die Ludwig XIV. und Napoleon I.,

die nicht minder deutlich aber auch andere Gewalthaber Frankreichs betrieben haben, bis auf den heutigen Tag, jene Politik, deren Ziel im März 1914 nach dem Zeugnis Iswolskis zwischen diesem und Delcasse dahin festgelegt wurde, das Deutsche Reich und seine Existenz zu vernichten, jene Politik, in deren Dienst im Februar 1917 erklärt wurde, „daß die jetzt zu dem Bestande des Deutschen Reiches gehörenden linksrheinischen Gebiete von Deutschland ganz abgetrennt und von jedem politisch und wirtschaftlich abhängigen Deutschland befreit werden sollten. Es ist jene Politik, die im Frühjahre 1919 in Versailles hinter verschlossenen Türen nach hartem Kampfe siegte, jene Politik der brutalen Expansion, die heute wie früher im Gewande des Rechtes einherschreitet, nur daß jene damals von Reunion sprach, heute von Reparationen.

Aber zum Siege führen könnte Frankreich seine Politik mit eigenen Waffen wie mit Hilfe fremder Waffen doch nur dann,

wenn das deutsche Volk in sich selbst versagt.

Auf die Haltung des deutschen Volkes kommt es an. Fühlbar geht eine Wendung durch unser Volk, deren Tiefe man darum vielleicht nicht ganz ermißt, weil man gewohnt ist, daß es mit unveränderter Geduld und Leidenschaft seine Lasten trägt. Es ist keiner unter uns, der sich von dieser Gemeinschaft der Leidensgefühle auszuschließen vermöchte (Zuruf der Kommunisten: Die Kapitalisten sicher nicht!), der nicht aufs tiefste erschüttert wäre im Glauben an Menschheit und Recht. Es gibt aber ein Höheres, als die Versenkung in das Leid. Das ist Treue und Ueberwindung. (Beifall.) Dazu gehört bei uns allen die Besonnenheit, die Sammlung aller Selenkraft. Jede aus Unbesonnenheit oder Unkenntnis begangene Tat kann von schlimmsten Folgen für die Gesamtheit werden. (Sehr wahr!) Wir erfüllen eine unabweisbare Pflicht gegen unser Volk, wenn wir mit dem stärksten Nachdruck den

Ruf zur Besonnenheit

wiederholen. Die gemeinsamen Kräfte, die die Herzen fähig machen, lassen Sie sie zusammenwirken, um die Not und die schweren Zeiten zu überstehen, die kommen werden und die nur zu überwinden sind, wenn jeder bereit ist, sein Letztes herzugeben. (Lebhafter Beifall, lärmende Zurufe bei den Kommunisten: Die Milliarden, die Sie im Ausland haben!)

Doch lassen Sie uns alle Kräfte heranziehen und dem Wohle unseres Volkes und Vaterlandes zuwenden. Alle müssen helfen, Deutschland muß in seiner Not sich vorbehaltlos einigen, die Ehre der Deutschen Republik wachsam bewahren als die

Ehre eines einigen Volkes.

Zu fester Einigkeit alle Schichten unseres Volkes zu innigster Gemeinschaft mit dem Staate, zur Rettung aller Tiefen, offenen, verschütteten, sittlichen und religiösen Kräfte ruft uns die Stunde. (Lebhafter Beifall.) Die Reichsregierung ist bereit, diesen Weg zu gehen und zu führen, der Mitwirkung mehr, des Vertrauens der Regierungen aller Länder noch zu sichern. Sie ist entschlossen, diese Einigkeit im Wort zur Tat zu

Das Neueste vom Tage

Die sogen. Rheinlandkommission hat Protestkundgebungen im besetzten Gebiet gegen den französischen Gewaltakt verboten.

Auf seinem Schloß bei Kettwig ist von der preußischen Polizei kurz vor dem Einmarsch der Franzosen der Graf Günther v. d. Schulenburg, einer der heftigsten Vorkämpfer für die Dortensche Rheinrepublik, verhaftet worden.

Im Wiener Nationalrat verwies der Präsident Weißkirchner auf die schwere Prüfung Deutschlands und sprach ihm die brüderlichste Teilnahme des deutsch-österreichischen Volkes aus.

Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, ist in München schwer erkrankt.

Der Vorstand der Hamburger Getreidebörse hat seinen Mitgliedern empfohlen, keine Geschäfte mehr mit französischen und belgischen Firmen zu machen.

Das Luftschiff „Columbus" ist auf der Fahrt nach Havanna, 20 Meilen vor seinem Ziel, ins Meer gestürzt. Fünf Passagiere werden vermißt.

Das amerikanische Staatsdepartement hat erklärt, die Regierung werde auf den deutschen Protest wegen des Einmarsches ins Ruhrgebiet keine Antwort erteilen. Ferner wurde erklärt, die Regierung könne gegenwärtig keinen Weg sehen, auf dem ihr Wunsch in die Reparationskrise einzugreifen geltend gemacht werden könne.

Der großbritannische Bergarbeiterverband hat eine Entschließung angenommen, worin gegen das Eindringen der Franzosen in das Ruhrgebiet Protest erhoben wird.

Kurse:

Sonnabend: Dollar: 10 324,12.
Gulden: 4090,20.

Heute: Dollar 11000,00
Gulden 4300,00

machen. Stunde um Stunde, Tag um Tag, bis dem Recht wieder die Freiheit geworden. Dann wird auch diese Generation und neue Freiheit ihre Ehre haben. Der Weg des deutschen Volkes führt durch Tiefen, aber er ist nicht zu Ende. Stolz bekennen wir uns ungebrochen zur Größe der uns gestellten Aufgaben für die Menschheit. Fühlen wir uns als Träger eines Reiches, das nicht stirbt, aufrecht in Not und Entbehrungen unser Schicksal zu tragen. Freiheit des Lebens, das Ziel, Einigkeit der Weg! (Lebh. Beif. bei der großen Menge, andauerndes Händeklatschen.)

Darauf tritt das Haus in die Besprechung ein.

Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.)

gibt darauf im Namen sämtlicher bürgerlicher Prateien folgende Erklärung ab:

Frevelhafter Völkerrechtsbruch hat zur Besetzung deutschen Landes durch die französische Militärmacht geführt. Deutsche wirtschaftliche Unternehmungen sind angemaßter französischer Botmäßigkeit unterworfen worden. Die angeblich absichtliche Verfehlung Deutschlands ist nur ein Vorwand für die unerhörte Verletzung der deutschen Staatshoheit. Frankreich will das Rheinland von Deutschland losreißen und die Wirtschaft des Ruhrgebietes rauben. Gegen diese Vergewaltigung des deutschen Volkes, deutschen Bodens und deutscher Wirtschaft, gegen diesen Bruch geschriebener und ungeschriebener Verträge, aber deshalb ebenso sehr bindender Moral rufen wir das deutsche Volk und die Gewissen der Völker zum Widerstande auf. Wir werden die Regierung bei allen Bestrebungen zur Herstellung ernster Lebensführung mit aller Entschiedenheit unterstützen. Letzten Endes ist für die Wiederaufrichtung Deutschlands der Charakter unseres eigenen Volkes die Voraussetzung; nur der allein gibt ihm auch die Möglichkeit äußersten Widerstandes gegen die uns angetane Gewalt, eines Widerstandes, den wir von dem deutschen Volke ebenso erwarten, wie wir ihn von der Regierung fordern, die wir dabei mit allen Kräften unterstützen werden. Wir sind überzeugt, daß hinter dieser Auffassung die große Mehrheit des deutschen Volkes steht. Unser gutes Gewissen gibt uns die Gewähr auf eine bessere Zukunft. In der Zeit schwerster Not und Gefahr rufen wir dem deutschen Volke die Worte zu, die vom deutschen Eck an Mosel und Rhein grüßen: „Niemals wird das Reich zerstört, wenn ihr einig seid und treu!" (Lebhafter Beifall.)

Abg. Müller-Franken (Soz):

Die deutsche Sozialdemokratie ist stets gegen aller imperialistischen Abenteuer aufgetreten, auch wenn sie von deutscher Seite ausgingen. (Unruhe bei den bürgerlichen Parteien, Zuruf des Abgeordneten Dr. Helfferich, Dnat.: Das mußte kommen!) Wollen Sie etwa bestreiten, daß auch das vorgekommen ist? Sie können es in den Akten dieses Hauses nachprüfen. Ich erinnere nur an das chinesische Abenteuer. (Erneute große Unruhe. Mehrere Abgeordnete der Rechten verlassen den Saal. Abg. Stöcken, Komm., ruft: „Die Hauptverbrecher gehen!" Er erhält einen Ordnungsruf.) Der Redner verliest nunmehr unter großer Unruhe des Hauses aus alten Reichstagsstenogrammen eine Regierungserklärung, die die Expedition nach China als eine Kulturtat hinstellt, und fährt dann fort: Wir, die wir derartiges immer verurteilt haben, haben also ein Recht, gegen diese Gewalttat zu protestieren. Besonders bedauern wir, daß die belgische Regierung daran teilnahm. Belgien selbst, das jahrelang die Okkupation in bewunderungswürdiger Weise ertragen hat. Mit Schmerz sehen wir jetzt, daß es, nachdem es sich die Sympathien der ganzen Welt erworben hatte, den Boden des Rechts verlassen hat und an der Seite Frankreichs an die Macht der brutalen Gewalt appelliert. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß der Generalrat der Gewerkschafts-Internationale in Brüssel ausdrücklich festgestellt hat (Lachen und lärmende Zwischenrufe bei den Kommunisten), daß ein energischer Protest dagegen am Platze ist. Bajonette sind keine Wünschelrute, die anzeigt, wo Goldmilliarden zu finden sind. Kein Arbeiter wird sich einfangen lassen von den

lügnerischen Behauptungen des französischen Ministerpräsidenten,

daß das Vorgehen der Franzosen nur den Zweck hätte, die deutsche Schwerindustrie bezahlen zu lassen. Diese Auseinandersetzungen würden sich vielmehr auf dem Rücken der deutschen Arbeiter abspielen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Bevölkerung der rein deutschen Gebiete am Rhein, an der Saar und Ruhr wird sich gegenüber jedem Bestechungsversuch unzugänglich zeigen und alle Lockungen abweisen, der deutschen Republik die Treue zu brechen. (Beifall.) Die Bewohner werden aushalten bis zum endgültigen Tage der Befreiung von der Fremdherrschaft und werden sich darin das Verhalten der belgischen Bevölkerung in den Tagen des Krieges zum Muster nehmen. Der

Tag der Befreiung

wird ebenso sicher kommen wie der Tag der wirtschaftlichen Verständigung kommen muß, wenn Europa nicht zugrunde gehen soll. Wir werden die Regierung auch in allen Maßnahmen zur Abwehr französischer Gewaltaktionen unterstützen. (Lebh. Beifall.) Von Amerika sind die Bestrebungen zum Abschluß eines Friedenspaktes, den Frankreich ausdrücklich abgelehnt, ausgegangen.

Inzwischen ist ein

Antrag Marx (Ztr.)

eingegangen: **Der Reichstag erhebt gegen den Rechts- und Vertragsbruch der gewaltsamen Besetzung des Ruhrgebiets feierlichen Protest. Der Reichstag wird die Regierung bei der Anwendung jeder zur entschlossenen Abwehr dieses Gewaltaktes zweckdienlichen Maßnahme mit allen Kräften unterstützen.**

Preußischer Ministerpräsident Braun:

Namens des Reichsrates und der verbündeten Länder habe ich, wie gestern bereits auf der Konferenz der Ministerpräsidenten, hier erneut zu erklären, daß die deutschen Einzelländer geschlossen hinter der Reichsregierung stehen (Beifall!) in der festen Ueberzeugung, daß Deutschland heimgesucht ist von einem militärischen Ueberfall und daß es dringend notwendig ist, daß die im Reiche vereinten Länder und daß auch das Volk in seiner Gesamtheit fest zusammenstehen und nach Maßgabe ihrer Kraft sich dieser Gewalttat entgegenstellen. (Erneuter Beifall!) Die Länder werden ihre Vertreter zu erneuten Tagungen entsenden, zur Beratung darüber, wie die bevorstehenden Schädigungen abzuwenden sind. Sie werden alles daransetzen, im Einvernehmen mit der Reichsregierung den Geschädigten die weitestgehende Hilfe zuteil werden zu lassen. (Lebhafter Beifall!)

Die Abstimmung.

Die Abstimmung über das Vertrauensvotum Marx ist namentlich. Das Vertrauensvotum wird mit 283 gegen 12 kommunistische Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen (Sozialdemokraten und Deutsch-Völkische) angenommen.

Der Präsident fügt dieser Abstimmung hinzu: Der Reichstag hat damit gesprochen. Ich glaube, das deutsche Volk wird dieser Abstimmung zustimmen. (Lebhafter Beifall.)

Schluß 5,45 Uhr.

Erst Geld — dann Kohle.

Verhandlungen mit den Zechen.

wtb. Essen, 13. Jan. Die heutigen Verhandlungen zwischen der interalliierten Kontrollkommission und den Direktionsvertretern der Bergwerke dauerten über drei Stunden. Vertreten waren 12 Zechen aus dem links- und rechtsrheinischen Gebiet durch etwa 25 Direktoren. Die Verhandlungen führte Generaldirektor Coste. Anwesend waren nur Zivilpersonen. Der Vorsitzende Coste fragte die Herren, warum sie die seit Jahren bestehende Lage geändert hätten (gemeint ist die Verlegung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats). Im Namen der deutschen Herren erwiderte Fritz Thyssen, daß für die Deutschen die deutschen Gesetze maßgebend seien und daß sie von diesem Standpunkte auch nicht Strafandrohungen abbringen werde. Der Reichskohlenkommissar habe einen Befehl erlassen, daß die Reparationskohle vom Reiche aus nicht mehr bezahlt werde. Deshalb könnten die Zechen nicht mehr liefern. Der Vorsitzende Coste erwiderte, er sei nicht befugt die Rechtslage zu erörtern, er verlange aber, daß von Montag ab die Lieferungen der Ententekohle wieder beginnen wie bisher. Herr Thyssen erklärte demgegenüber, wenn wir die Kohle nicht bezahlt bekommen, werden wir keine Löhne auszahlen und müssen die Förderung einstellen. Wir sind aber bereit, Kohle an Frankreich gegen Bezahlung zu liefern. Der Vorsitzende Coste erklärte, sie sollte bezahlt werden wie bisher. Es entspann sich eine längere Diskussion. Um ganz sicher zu gehen, legten die Zechenvertreter das Ergebnis in folgender schriftlicher Erklärung nieder: Die hier vertretenen Zechen erklären sich bereit, Brennstoff an Frankreich und Belgien in zu vereinbarendem Maße zu liefern, von dem Zeitpunkt an, wo der Präsident der Mission namens der beteiligten Regierungen den in Frage kommenden Zechen eine schriftliche Erklärung des Inhaltes abgibt, daß die Brennstofflieferungen den einzelnen Zechen zu den jeweilig vom Reichskohlenverband festgesetzten Brennstoffverkaufspreisen in bar bevorschußt und bezahlt werden. Voraussetzung hierfür ist, daß nicht entgegenstehende Verfügungen des Reichskohlenkommissars erlassen werden.

wtb. Essen, 13. Jan. Die Kommission, die am kommenden Montag mit der Kontrollkommission über die von Deutschland zu liefernden Kohlenmengen verhandeln wird, besteht aus folgenden Zechenvertretern: Thyssen, Amtsrichter Dr. Thomas, Generaldirektor Engelmann, Generaldirektor Kersten, Generaldirektor Wüstenhofer, Direktor Kauert und Herrn Noll.

Essen, 13. Jan. In Steele wurde die von den Besatzungstruppen aufgezogene französische Fahne bereits nach einer Stunde heruntergerissen und zerfetzt. Der Bürgermeister hat sich bei dem Kommandanten entschuldigt und einen Aufruf an die Bevölkerung anschlagen lassen, der vor Ausschreitungen warnt.

wtb. Berlin, 13. Jan. Die Kosten der neuen Besatzung stehen, wie den Blättern mitgeteilt wird, in schreiendem Mißverhältnis, zu den Rückständen, in denen die deutsche Regierung bezüglich Holz und Kohlen geblieben ist. Durch die Besetzung des Ruhrgebiets erwachsen monatlich 7 Millionen Goldmark Gesamtkosten, von denen etwa 6,5 bei den beteiligten Entente-Staaten und 0,5 Millionen Goldmark bei deutschen Stellen anwachsen werden. Dazu kommen die Kosten für den Transport der Truppen, die auf ungefähr 1 Million Goldmark geschätzt werden. Wir sind im Rückstand mit Holzlieferungen im Werte von ungefähr 2½ Millionen Goldmark und von Kohlen im Werte von 23 Millionen Goldmark, so daß also schon eine ungefähr dreimonatige Besatzung ungefähr so viel kosten würde, wie unsere Rückstände betragen.

wtb. Essen, 13. Jan. Heute nachmittag ist der Stadtkreis Buer, der bisher von Truppen nicht besetzt war, mit französischer Kavallerie belegt worden.

wtb. Essen, 13. Jan. Von den Besatzungsbehörden sind die meisten Zimmer in den großen Hotels mit Beschlag gelegt worden. Da Essen schon früher bei der Hotelknappheit kaum in der Lage war, den Fremdenverkehr zu bewältigen, so zeigen sich jetzt naturgemäß durch die Anordnung der Besatzungsbehörde große wirtschaftliche Stockungen. Die Besatzungsbehörden haben auch ein Besatzungslokal zur Unterbringung einer französischen Buchhandlung angefordert.

wtb. Essen, 14. Jan. Der Befehlshaber der 47. französischen Infanterie-Division hat der deutschen Polizei einen Befehl übermittelt, die öffentlichen Anschläge mit den Beschlüssen der französischen Kommunisten gegen die Ruhrbesetzung von den Plakatsäulen zu entfernen. — Wegen angeblicher Vernichtung von zwei französischen Plakaten hat der kommandierende General der 47. in Altenessen liegenden Division angeordnet, daß die Plakate sofort ersetzt werden und daß als Strafmaßnahme ein deutscher Polizeiposten ständig Tag und Nacht die Stelle, wo die Plakate vernichtet worden sein sollten, bewacht. Gleichzeitig wird für die Wiederholung derartiger Fälle die gleiche Strafmaßnahme angedroht.

Alles bestellt englische Kohle.

London, 13. Jan. Die Wirkung der Besetzung des Ruhrkohlengebiets für England ist, daß von allen Ländern des Kontinents Kohlenbestellungen eintreffen. Vertreter von Stinnes und Thyssen und andere Vertreter des Kohlensyndikats sind unterwegs nach London, um Kredite zur Lieferung von Kohlen an die Fabriken im nichtbesetzten Gebiet zu erhalten.

In den Kreisen der Kohlenindustrie erklärt man, daß die Lage des Kohlenmarkts durch die französische Okkupation in „damatischer Weise" verändert worden sei. Bestellungen auf Kohlen treffen in England besonders aus Deutschland, der Schweiz und Holland ein. Man ist überzeugt, daß die Bestellungen binnen kurzem eine Rückwirkung auf die Preise haben werden.

In Kreisen der Londoner Handelskammer erklärt man, daß Frankreich aus der Besetzung des Ruhrkohlendistrikts nur einen vorübergehenden Erfolg ziehen wird. Obwohl die englische Kohlenindustrie davon provitiere, werde binnen kurzem der Geschäftsverkehr Englands mit dem Kontingent unter der französischen Aktion leiden und die Wirkungen würden auf England zurückfallen.

Die Berliner Protestkundgebung.

Riesenhafte Beteiligung.

wtb. Berlin, 14. Jan. Die Volkskundgebung der bürgerlichen Parteien gegen den Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet hat heute vormittag 12 Uhr auf dem Königsplatz vor dem Reichstagsgebäude stattgefunden und bei ungeheurer Beteiligung einen überaus eindrucksvollen Verlauf genommen. An 12 verschiedenen Stellen des Platzes hielten die parlamentarischen Führer aller Parteien der Bürgerlichen kurze Ansprachen an die Menge, die mit dem Vortrag einer Entschließung endeten, die stürmische Zustimmung fand. Im Anschluß daran sang die nach mehreren Hunderttausenden zählende Menge wiederum entblößten Hauptes das Deutschland-Lied und aus eigenem Antrieb „Eine feste Burg ist unser Gott". Der Abg. Frhr. v. Lersner teilte sodann mit, daß die Redner sich nunmehr zum Reichskanzler begeben würden, um ihm die angenommene Entschließung zu überbringen, mit der Erklärung, daß der Kanzler das ganze deutsche Volk hinter sich habe, wenn er fest bleibt. Nach begeisterter Zustimmungs-Kundgebung wurde aus der Menge der Wunsch laut, daß der Reichskanzler selbst sprechen möchte. Dieser Wunsch wurde dem Reichskanzler übermittelt, der darauf mitteilen ließ, daß er durch wichtige Verhandlungen im Interesse des Reiches am Erscheinen verhindert sei aber für die Kundgebung herzlich danken ließ. Mit stürmischen Hochrufen auf den Kanzler und die Regierung schloß die Kundgebung. — Die sozialdemokratische Partei hatte 13 Massenversammlungen einberufen, um gegen den französischen Einbruch zu protestieren.

Die Entschließung, die in der heutigen Massenversammlung auf dem Königsplatz einstimmig angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut: „Wir erheben flammenden Protest gegen die ungeheuerliche Vergewaltigung des Deutschen Reiches durch die französisch-belgische Besetzung des Ruhrgebietes. Dieses, jedem Völkerrecht hohnsprechende Vorgehen, mitten im Frieden, ist Bruch des Versailler Vertrages. Das deutsche Volk lehnt es ab, unter dem Druck der Bajonette Sklavenarbeit für die Friedensbrecher zu leisten." — Die Kommunisten hatten eine Protestversammlung auf dem Andreasplatz einberufen, in der der Abg. Schumacher zum Kampf gegen den französischen Imperialismus und den deutschen Kapitalismus aufforderte.

wtb. Danzig, 14. Jan. In zwei großen, vom Danziger Heimatdienst einberufenen Trauer- und Protestversammlungen anläßlich des französischen Einmarsches in das Ruhrgebiet wurde am Schluß der Versammlungen einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Wir deutschen Danziger erheben heute mit unseren Brüdern im Reich, mit denen uns untrennbare Bande verknüpfen, gemeinsam unsere Stimme, um gleichfalls den Friedensstörer Europas, Frankreich, vor aller Welt des unerhörtesten Bruches des Völkerrechts anzuklagen. Wir, vom Vaterland Losgerissenen, fühlen uns ganz besonders innigverbunden mit den Deutschen, denen im Westen von haßerfüllten Feinden Gewalt angetan wird.

Die litauischen Räuber vor Tilsit.

wtb. Berlin, 13. Jan. Die litauischen Freischaren sind bis Tilsit herangerückt. An mehrere Stellen wurden Schienenstränge aufgerissen. Der Zugverkehr Tilsit-Memel ist unterbrochen. Das in Memel befindliche Eisenbahnmaterial konnte von uns nicht zurückgezogen werden.

wtb. Königsberg, 13. Jan. Gegenüber umlaufenden Gerüchten wird von zuständiger Seite erklärt, daß der Verkehr nach, von und durch Polen in keiner Weise behindert ist.

wtb. Memel, 13. Jan. Litauische Freischärler versuchten nachts einen Vorstoß bei Althof, südlich Memel mit zwei Kraftwagen. Sie wurden von dort stehenden Posten beschossen. Einer der Kraftwagen wurde samt dem darauf befindlichen Maschinengewehr erbeutet. Nach einer Mitteilung des Oberkommissariats befinden sich vier französische Kriegsschiffe auf der Fahrt nach Memel.

wtb. Paris, 14. Jan. Zwei französische Torpedo-Boote sind heute morgen nach Memel in See gegangen. Andere Kriegsschiffe sowie ein englischer Kreuzer werden sich mit ihnen in Kürze vereinigen.

Memel, 13. Jan. Der Anführer der litauischen Freischärler vor Memel richtete an den Vertreter der alliierten Mächte durch einen Unterhändler das Ersuchen um Zurückziehung der französischen Truppen und die Bitte um Enthaltung von militärischen Maßnahmen. Falls die Besatzungstruppen eintreffen sollten, lehnen die Aufständischen jede Verantwortung für mögliche Zusammenstöße ab.

Paris, 13. Jan. Die Botschafterkonferenz veröffentlicht eine Mitteilung, in der es heißt: „Die Botschafterkonferenz beschloß die Entsendung eines französischen Obersten, der den Befehl über die alliierten Landstreitkräfte übernehmen soll, sobald die englischen und französischen Kriegsschiffe, die sich bereits unterwegs befinden, an Ort und Stelle sein werden. Die Tatsachen, die zu dieser Intervention der alliierten Streitkräfte führten, sind um so beklagenswerter, als die Botschafterkonferenz gerade das Studiumkomitee eingeladen hatte, in kürzester Frist Bericht über die Memelfrage vorzulegen."

Herford und Minden-Ravensberg

Wer recht tut, der ist frei, um zwischen Schmerz und Lust zur Freiheit kämpfend fortzuschreiten. Ch. N. Tiedge.

15. Jan.

Gegen die Brandstiftungen auf dem Lande.

Gemeine Verbrecher haben in den letzten Wochen wiederholt auf dem Lande Brandstiftungen verursacht. Große Mengen Getreide, Stroh, Kartoffeln und andere Lebensprodukte sind dadurch restlos vernichtet worden. Der Mangel an Lebensmitteln in der Provinz Westfalen wird durch solche Verbrechen erheblich gesteigert und die allgemeine Not vergrößert. Nicht nur die Besitzer der angezündeten Scheunen und Wirtschaftsgebäude erleiden großen Schaden, sondern die ganze Bevölkerung. Insbesondere die kleinen Verbraucher sind die Geschädigten, denn jedes Pfund mutwillig vernichtetes Getreide ist für die Ernährung des Volkes verloren und muß zu fast unerschwinglichen Preisen vom Ausland

Aerzte und Krankenkassen.

Wie steht es in Herford?

Aerzte und Krankenkassen — diese Frage hat in den letzten Jahren, besonders in den jüngst verflossenen Monaten oft die Oeffentlichkeit stark beschäftigt und wird aller Wahrscheinlichkeit nach in Kürze wieder im Brennpunkt des Interesses stehen. Große Beachtung verdienen in diesem Zusammenhange die Ausführungen des Direktors Fritz Schmidt von der Allgemeinen Ortskrankenkasse, die er Freitag abend in einer Betriebsräteversammlung in der Aula des Friedrichsgymnasiums machte. Seinem Vortrage entnehmen wir folgende Tatsachen.

Die Not der Krankenkassen ist allgemein bekannt. Das augenblickliche Bild ist recht eigenartig. Machten früher die Kosten für den Arzt 20 Prozent der Ausgaben aus und für Arznei 7 Prozent, so verschlingen heute diese Kosten etwa 50 Prozent der gesamten Einnahmen. Darunter müssen in erster Linie Kranken- und Wochengeldzahlungen leiden, und auch die Verwaltung krankt an dem Ausfall der sonst zur Verfügung stehenden Mittel. Durch pünktliche Eintreibung der Beiträge zum Jahresschluß dachte die Ortskrankenkasse mit einem guten Bestand das neue Jahr zu beginnen, der Anfang aber war vernichtend, das eingekommene Geld wird gänzlich von den Aerztehonoraren verschlungen werden.

Und das geschieht in einem Augenblick, in dem der allgemeine Gesundheitszustand im Volke der denkbar schlechteste ist. Die Einkünfte reichen in weiten Schichten zur Ernährung nicht aus, Unterernährung herrscht weit und breit, und die gräßliche Hungerseuche grassiert. So ist der günstigste Nährboden für die Tuberkulose gegeben, die sich ganz überraschend ausbreitet und für die es kein Halten gibt. Eine andere Seuche wütet daneben in erstaunlichen Ausmaßen, die der Geschlechtskrankheiten.

Die Regierung hat bislang nichts unternommen, um den Krankenkassen beizuspringen. Die Kassen sind auf ihre Beiträge angewiesen, welche für sie die einzige Einnahmequelle darstellen. Die Beiträge in Herford wurden bis zum 1. Oktober errechnet auf der Basis eines Grundlohnes von 180 *M*. Der Grundlohn wurde mit dem 1. Oktober auf 500 *M* erhöht, und damit stiegen die Beiträge auf das Dreifache. — Die Aerztehonorare andererseits sind durch einen Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers vom Dezember für den Monat Oktober auf das Neunfache erhöht worden, für November nochmals um das Neunfache auf das 18fache, und für Dezember kann man gar mit dem 30fachen Satz rechnen. Was im Januar werden wird, liegt noch gänzlich im Dunkel.

Für Oktober und November 1922 mußte die Allgemeine Ortskrankenkasse Herford

an Aerztehonoraren 2 664 795 Mark

für 22 ortsansässige Aerzte ausgeben. Sehr interessant ist es, zu beobachten, in welchem Verhältnis sich diese Summe auf die einzelnen Aerzte verteilt. An der Spitze steht ein Arzt mit 348 870 *M* Honorar für die beiden genannten Monate, die übrigen Aerzte folgen abgestuft nach den Honorarsätzen: 279 677 *M*, 262 692 *M*, 173 221 *M*, 166 330 *M*, 145 302 *M*, 140 343 *M*, 138 547 *M*, 130 454 *M*, 121 256 *M*, 117 323 *M*, 106 960 *M*, 101 986 *M*, 101 705 *M*, 89 942 *M*, 57 597 *M*, 49 752 *M*, 48 770 *M*, 30 130 *M*, 21 804 *M*, 18 775 *M*, die Reihe beschließt ein Arzt mit 13 354 *M* für zwei Monate. Somit beträgt bei 22 Aerzten das Durchschnittshonorar 133 239 *M*.

Der erste Arzt in der Aufzählung hat demnach 26 mal mehr verdient an Krankenkassenpatienten als sein zuletzt aufgeführter Kollege. Der gewaltige Unterschied liegt natürlich in der Patientenzahl. Es ist nur zu verständlich, wenn unter solchen Bedingungen die Reihe der weniger konsultierten Aerzte ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten kann und auf Erhöhung der Gebühren für Krankenkassenpatienten drängt. Ebenso selbverständlich ist aber auch die Folgerung, daß es in Herford zu viel Aerzte gibt.

Direktor Schmidt kommt angesichts dieser Tatsachen zu dem Schluß, daß die Zahl der Aerzte verringert werden muß, Das wiederum könne nur erfolgen durch eine

grundlegende Reform des Heilwesens.

Er macht den Vorschlag, die Zahl der Aerzte auf zehn zu verringern und diese zehn ordentlich zu bezahlen. Wenn man von den 2 644 795 *M* zehn Aerzte honorieren würde, so ergäbe das für den Arzt einen Durchschnittssatz von 246 479 *M*. Daß zehn Aerzte aber ohne Gefahr dieselbe Zahl Kranker behandeln könnten, ergebe sich aus der Verteilung der Patienten auf die einzelnen Aerzte. Während der vorhin an erster Stelle aufgeführte 2325 ärztliche Leistungen in zwei Monaten verzeichnete, konnte der letzte nur 89 nachweisen. Bei dieser Höchstleistung auf der einen Seite würde eine angemessene Durchschnittsleistung von den zehn Aerzten verlangt werden können.

Schmidt geht nun, angeregt durch eine Schrift des Charlottenburger Arztes, Dr. Roeder, einen Schritt weiter. Er sagt: Die Aerzte dürfen nicht mehr geschäftsmäßig an dem Patienten interessiert sein, sondern sie sollen von der Krankenkasse angestellt werden. Hätte ein Arzt im Oktober dann 80 000 *M* Gehalt bekommen und im November 100 000 *M*, dann wären für den Unterhalt eines Kraftwagens noch 250 000 *M* übrig gewesen, außerdem 10 000 *M* für die Instandsetzung von Räumen als Behandlungsstelle und 100 000 Mark für Hilfspersonal. Auf dieser Grundlage solle in dem Hause der Allgemeinen Ortskrankenkasse jene Behandlungsstelle eingerichtet werden mit drei großen Wartezimmern. Abwechselnd sollten drei Aerzte hier im „Gesundheitshaus" Sprechstunde halten, zwei andere könnten während der Zeit im Auto die Kranken in ihren Häusern aufsuchen. Dadurch würde die ganze Krankenbehandlung rationell und für die Kassen wirtschaftlich gestaltet werden. Für die Kultur, für die Heranbildung eines erstklassigen Aerztestandes, damit für die Hebung der deutschen Wissenschaft wäre die Konzentration der ärztlichen Behandlung von unschätzbarem Werte, denn losgelöst von Konkurrenzgedanken werden die Aerzte, besonders die Spezialisten, ihre Erfahrungen untereinander austauschen. Die Volksgesundheit ist derart zerrüttet, daß nur die tüchtigsten Aerze helfen und heilen können.

Was werden die kommenden Wochen bringen? Man befürchtet, den dritten Aerztestreik. Die Aerzte haben nämlich ihren Tarif schon wieder gekündigt. Die Krankenkassenverbände auf der anderen Seite sind bei den maßgebenden Regierungsstellen darum eingekommen, daß das Krankenkassengesetz dahin geändert wird, daß nur mehr ein Beitrag zu den Kosten der ärztlichen Behandlung bezahlt werden, braucht gegenüber einer kostenlosen Gestellung von Heilhilfe (Arzt und Arznei) in natura nach den jetzigen Bestimmungen. So rüsten denn beide Seiten zum erbitterten Kampfe, der eines bestimmt im Gefolge haben wird, die Vernachlässigung der hilfsbedürftigen Kranken. Hoffentlich ist der Kampf bald entschieden in einem Vergleich, der lebenskräftig ist und eine Grundlage bildet für eine ordentliche Heilbehandlung der Tausende von Kassenmitgliedern.

*

Die Ausführungen des Verwaltungs-Direktors Schmidt erscheinen uns sehr beachtenswert. Er berührt den Kernpunkt des Uebels, wenn er auf die große Zahl der Aerzte hinweist. Die unbeschränkte Zulassung der Aerzte zur Krankenkassenpraxis ist eine glatte Unmöglichkeit. Und je schneller hierin eine Aenderung, d. h. durchgreifende Beschränkung eintritt, desto besser ist es für beide Teile. Der Plan Schmidts, eine Zentralisierung des Gesundheitswesens einzuführen, ist dagegen völlig abwegig, weil dadurch ein Rückschritt bedingt wird, der gefährlich ist. Anders ist es aber, wenn man eine Art Voruntersuchung einführen würde, die für alle leichteren Fälle durchaus genügte. Für Herford ist weiter dringend die Regelung der Bearztung in den Außenbezirken.

---

gekauft werden. Wer Brotgetreide vernichtet, ist ein Verbrecher, der an der Verteuerung des Brotes mit Schuld ist, der den hungrigen Kindern das Brot aus der Hand schlägt und dazu beträgt, daß die schreckliche Kinderkrankheit (Skorbut) zunimmt. Unsere Ernte ist im vergangenen Jahre besonders schlecht gewesen und darum muß jedes Körnchen für die menschliche Nahrung geschützt werden. Es ist daher Pflicht der Menschlichkeit, darauf zu achten, daß das Getreide und alle Lebensmittel unserer Bevölkerung erhalten bleiben und vor Verbrechern und Brandstiftern geschützt sind. Jeder Bewohner muß in seiner Gemeinde ein Wächter über die für uns unentbehrlichen Lebensmittel sein und den Besitzern helfend zur Seite stehen.

Münster, den 9. Januar 1923.

gez.: Der Oberpräsident der Provinz Westfalen:
Gronowski.

= **Verschiedene Berichte** mußten wegen Raummangels bis morgen zurückgestellt werden.

= **Die neuen Postgebühren** treten heute in Kraft.

hz. **Ein neuer Einbruch in der Schillerstraße.** Schon wieder ist in der Schillerstraße ein Einbruch verübt worden. Dieses Mal bei einem Kaufmann. Trotzdem sowohl Haustür, als auch Korridortür verschlossen und obendrein mit Sicherheitsketten verriegelt waren, sind die Einbrecher ins Haus gekommen und haben einen hellgraugestreiften Ulster, in dem ein Paar neue graue Stoffhandschuhe steckten, einen hellbraunen Regenmantel und 102 *M* in bar gestohlen. — Von einem anderen Einbruchsdiebstahls wurde ein Arzt betroffen. Die Verbrecher nahmen hier fünf Pfund Schinkenspeck und eine zweipfündige harte Mettwurst an sich.

= **Der Ankauf von Gold für das Reich** durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 15. bis 21. d. Mts. zum Preise von 35 000 *M* für ein Zwanzigmarkstück, 17 500 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt von 15. d. Mts. ab bis auf weiteres zum 750fachen Betrages des Nennwertes.

p. **Eine eigenartige Entführungsgeschichte?** Vollständig mittelos und mit abgeschnittenem Haar wurde ein 16jähriges Hausmädchen der hiesigen Polizei zugeführt, welches bei einem Magdeburger in Stellung gewesen war. Nach Angaben ist dem Mädchen folgende, unglaubliche Geschichte passiert: Am 2. Januar, abends gegen 7½ Uhr, als es sich in Magdeburg auf dem Wege zu seiner Tante befand, hielt plötzlich neben ihm ein Personenauto, in dem drei Männer saßen, die sie nach der Königsstraße befragten. Während das Mädchen die Auskunft gab, war einer der Insassen ausgestiegen und warf ihm plötzlich eine mit narkotisierenden Mitteln getränkte Decke über den Kopf. Das Mädchen fiel sofort in Besinnungslosigkeit und fühlte nur noch, wie es ins Auto gehoben wurde. Erst am anderen Tage wachte die Aermste wieder auf aus ihrer Betäubung. Sie versuchte wiederholt zu schreiben, um ihren Angehörigen Nachricht zukommen zu lassen, wurde aber von den Männern daran gehindert. Aus einer Flasche mit rötlichem Inhalt ist der Ueberfallenen dann mit Gewalt etwas eingeflößt worden, worauf sie wieder besinnungslos wurde. Sie kann sich nur daran erinnern, daß sie durch Hannover gekommen ist. Am letzten Sonntag will das Mädchen dann hinter einem Walde in der Nähe von Herford ausgesetzt worden sein. Außer ihrem Haar hat es noch den Verlustt eines rötlichen Paketes zu beklagen, in dem sich ein blaues Kleid, ein Paar braune Schuhe, eine neue blau- und weißgestreifte Schürze und eine Handtasche mit 1200 *M* Bargeld befanden. Die Bedauernswerte wurde von ihrem Onkel hier abgeholt und ihrer früheren Dienststelle wieder zugeführt. — Die Geschichte des Mädchens kommt uns so unglaubhaft vor, daß wir die Angaben nicht ohne Weiteres als wahr hinnehmen können. Wahrscheinlich ist das ganze Erlebnis die Ausgeburt einer sehr regen Phantasie.

hz. **Selbsthilfe.** Zu einem sehr lobenswerten Schritt haben sich eine Reihe Eingesessener von Stiftberg und von der Neustädter Feldmark am Sonnabend zusammengeschlossen. Sie haben eine freie Vereinigung „Hilfe am Grabe" gegründet, deren Aufgabe es sein soll, in Todesfällen den Hinterbliebenen den Sarg zu liefern und den Wagen zu stellen. Die Kosten dafür sollen durch Umlage erhoben werden. Je mehr Mitglieder also die Vereinigung zählt, desto niedriger werden die auf den Einzelnen entfallenden jeweiligen Zuschüsse sein. Die Hilfe soll sich auch auf Familienangehörige erstrecken. Vorsitzender ist Niekamp, Schriftführer Heitland, Feldstraße 2. Man kann nur wünschen, daß die Vereinigung recht bald ihre segensreiche Tätigkeit aufnimmt und zahlreichen Zuspruch findet.

hz. **Gelegenheit macht Diebe.** Einem Landwirt am Schnatweg wurden von seinem Wagen zwei Wolldecken und fünf Kornsäcke gestohlen. Außerdem schnitten freche Diebe von seinem Kutschwagen das Leder des Verdecks ab und entwendeten es. — Bei einem Fabrikanten wurde ein schwarzer Minorkahahn aus dem Hühnerstall gestohlen. — Dieser Tage wurden zwei Zentner Koks beschlagnahmt, die aus dem Kohlenbestande einer Schule weggeschleppt waren. — Von der Wäscheleine wurde einem Tischler am Hasenbrink ein rotkarierter Leinenbettbezug gestohlen. — Von dem Hause der Herberge zur Heimat wurde eine sechs Meter lange braungestrichene Dachrinne von 10½ Zentimeter Durchmesser abgerissen, und aus der Klosettanlage eines Hauses in der Petersilienstraße wurde das bleierne Spülrohr entwendet.

hk. **Als Handelskammerbeitrag für 1922/23** wurden 150 Prozent von der staatlichen veranlagten Gewerbesteuer festgesetzt. Der Minister für Handel und Gewerbe hat diesen Beitragsfuß bereits genehmigt.

hk. **Brauereibesitzer Ed. Linneweh hier** wurde wiederum zum zweiten Vorsitzenden der Handelskammer Bielefeld gewählt. Erster Vorsitzender bleibt Kommerzienrat Paul Delius-Bielefeld.

hz. **Einem Kartenspieler** verschwand während des Spiels eine Tasche mit 2500 *M*. Am nächsten Morgen fand er beides wieder auf dem Felde vor seiner Wohnung.

Wirtschaftsleben

Devisenkurse

Telegraphische Auszahlungen:		13 Januar Geld	13 Januar Brief	12 Januar Geld	12 Januar Brief
Amsterdam-Rotterdam	1 Fl.	4030,20	4090,20	4119,67	4140,33
Brüssel-Antwerpen	1 Frcs.	658 35	661,65	663,33	666,67
Christiania	1 Kr.	1915 20	1921 80	1940,13	1949,87
Kopenhagen	1 Kr.	2039 88	2050,12	2074,80	2085,20
Stockholm	1 Kr.	2753,10	2766,90	2793,00	2807,00
Helsingfors	1 finnische Mk.	253,10	259,40	256,35	257,65
Italien	1 Lire	508,71	511,23	513,71	516,29
London	1 Pfd. Sterl.	47880 00	4 120,00	48523,37	48771,63
Newyork	1 Dollar	1032 4,12	10375,88	10398 93	10451 07
Paris	1 Frcs.	728,17	731,93	723,18	726,81
Schweiz	1 Frcs.	1975,05	1984,95	1965,07	1974,95
Spanien	1 Pes.	1635,90	1644,10	1639,90	1644,10
Wien (Deutsch-Oestr. abgest.)		14,96	15,04	14,86	14 94
Prag	1 Kr.	300,24	301,76	296,25	297,75
Budapest	1 Kr.	4,05	4,09	3 94	3,96
Buenos Aires	1 Pes.	3870,70	3889,30	3890,25	3919,75
Bulgarien	1 Lewa	69,82	70,18	70,82	71,05
Japan	1 Yen	5037,37	50 2,63	5012,43	5033 57
Rio	1 Milreis	1167,07	1172,93	1147,12	1152,88

Der Wert der Mark in Pfennig.

in	13 Jan.	12 Jan.	in	13. Jan.	12 Jan.
Holland	0 01	0,04	London	0,04	0,04
Belgien	0,12	0,12	Newyork	0,04	0,04
Norwegen	0,06	0,06	Paris	0,11	0,11
Dänemark	0,05	0,05	Schweiz	0,04	0,04
Schweden	0,04	0,04	Spanien	0,05	0,05
Italien	0,16	0,16			

Berechnet nach den in Berlin festgesetzten Kursen für telegraphische Auszahlung.

Verantwortlich für den Textteil: Franz Bierstedt;
für die Anzeigen: Georg Bese; beide in Herford.

Amtliche Bekanntmachungen
der Stadt Herford.

Tagesordnung

zu der am **Freitag, den 19. Januar 1923, nachm. 5½ Uhr,** stattfindenden

Stadtverordneten-Sitzung.

1. Mitteilungen.
2. Wahl des Vorstehers, des stellv. Vorstehers und des stellv. Schriftführers.
3. Wahl des Stadtverordneten-Ausschusses.
4. Wahl der Kommissionen.
5. Vorlagen des Magistrats, betreffend:
   a) Neuer Friedhof.
   b) Aufnahme einer Anleihe von 135 000 000 *M*.
   c) Bewilligung von 500 000 *M* zur Gewährung von Lehrbeihilfen.
   d) Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel und zum Schutze der Mieter für den Stadtkreis Herford.
   e) Verwaltungsgebührenordnung der Stadt Herford.
   f) Abänderung des Ortsstatuts, betr. die Grundstücksentwässerung im Stadtbezirk Herford.
   g) Ordnung für die Erhebung von Gebühren für die Desinfektion von Sachen usw.
   h) Abänderung des Ortsstatuts, betr. das Kaufmannsgericht zu Herford.
   i) Desgl. das Gewerbegericht.
   k) Oeffnung der städt. Badeanstalt und Festsetzung der Bäderpreise.

l) Festsetzung eines Tagegeldes für kurze Dienstreisen.
m) Erhöhung der Entschädigung für die nichtvollbeschäftigten Schulhausmeister.
n) Bewilligung von Mitteln für die Pflasterung einer Fläche vor dem Kokskeller der Bürgerschule Uhlandstraße.
o) Desgl. für die Instandsetzung einer Tür des Hauses Steintorstraße 8.
p) Abänderung der Bedingungen für die Entnahme von Gas, Wasser und Strom (Erhöhung der Vertragsstrafe).

Herford, den 13. Januar 1923.

Der Stadtv.-Vorsteher: Hesse.

Angestellten-Versicherung.

Die Beiträge zur Angestelltenversicherung sind vom 1. Januar 1923 an durch Marken zu entrichten. Der Verkauf der Marken erfolgt nur durch die Postanstalt.

Jeder Versicherte muß sich eine neue Versicherungskarte ausstellen lassen. Alle der Angestelltenversicherung unterliegenden Personen, die im hiesigen Stadtbezirk wohnen, werden hierdurch aufgefordert, im Laufe des Monats Januar in dem Büro des Versicherungsamts (Rathaus, Zimmer Nr. 75) sich eine neue Karte ausstellen zu lassen. Die bisherige Versicherungskarte ist vorzulegen. Die Arbeitgeber können für ihre Angestellten, unter Vorlage der Versicherungskarten, die Ausstellung der neuen Karten beantragen.

Herford, den 11. Januar 1923.

Das Versicherungsamt der Stadt Herford.

Bekanntmachung

betr. die Entrichtung der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1922.

1. Auf Grund des § 144 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetze werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten Personen, die eine selbständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, die Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen im Stadt- und Landkreise Herford aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Jahre 1922 bis spätestens Ende Januar 1923 den unterzeichneten Finanzämtern schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

2. Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerksbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Auch Angehörige freier Berufe (Aerzte, Rechtsanwälte, Notare, Schriftsteller, Künstler usw.) sind steuerpflichtig.

3. Auch kleinste Betriebe sind steuerpflichtig; eine Steuerbefreiung für Betriebe mit nicht mehr als 3000 *M* Umsätze besteht nach dem Umsatzsteuergesetze vom 24. Dezember 1919 nicht mehr.

4. Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

5. Die Einreichung der Erklärung kann durch erforderlichenfalls zu wiederholende Geldstrafen bis zu je 500 *M* erzwungen werden. Umwandlung in Haft ist zulässig. Wer meint, zur Erfüllung der Aufforderung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Finanzamt rechtzeitig unter Darlegung der Gründe mitzuteilen (§ 202 der Reichsabgabenordnung).

6. Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis. Der Versuch ist strafbar.

7. Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Bis zu zwei Stück können von jedem Steuerpflichtigen bei den unterzeichneten Finanzämtern kostenlos entnommen werden.

8. Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

9. Nichteinreichung einer Erklärung kann durch Ordnungsstrafe geahndet werden, soweit nicht auf Hinterziehungsstrafen zu erkennen ist.

10. Bei verspäteter Einreichung der Umsatzsteuererklärung ist das Finanzamt berechtigt, einen Zuschlag bis zu 10. v. H. der endgültig festgesetzten Steuer aufzuerlegen. Sind Aufzeichnungen über die vereinnahmten Entgelte nicht geführt worden und wird den Verpflichtungen über Auskunftserteilung usw. nicht genügt, so kann der Betrag der steuerpflichtigen Umsätze geschätzt werden.

11. Gleichzeitig werden die zur Abgabe von Umsatzsteuererklärungen verpflichteten Personen hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß sie nach § 37 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 in der Fassung des Gesetzes vom 8. April 1922 innerhalb eines Monats nach Ablauf jedes Kalendervierteljahrs eine Vorauszahlung auf die entstandene Steuerschuld zu leisten haben. Ist der Steuerabschnitt das Kalendervierteljahr oder ein kürzerer Zeitabschnitt und ist die Steuer nicht innerhalb eines Monats nach Ablauf des Kalendervierteljahres, in das der Steuerabschnitt fällt, veranlagt und fällig, so ist die Vorauszahlung in Höhe des Betrages zu leisten, der sich aus der Steuererklärung ergibt. Ist der Steuerabschnitt länger als ein Kalendervierteljahr, so erhält der Steuerpflichtige im Monat März eine Aufforderung zur Abgabe von Voranmeldungen zum Zwecke der Entrichtung von Vorauszahlungen unter Verwendung der beigefügten Zahlkarten, in denen die in dem abgelaufenen Kalendervierteljahre vereinnahmten Entgelte, soweit sie umsatzsteuerpflichtig sind, mit ihrem Gesamtbetrage aufzuführen sind; gleichzeitig ist die aus diesem Betrage errechnende Vorauszahlung zu leisten.

12. Gibt der Steuerpflichtige bei vierteljährlicher Versteuerung eine Steuererklärung oder — bei jährlicher Versteuerung — eine Voranmeldung innerhalb eines Monats nach Ablauf des Kalendervierteljahrs nicht ab, so bemißt die Steuerstelle die Vorauszahlung auf mindestens ein Viertel der für das vorausgegangene Kalenderjahr veranlagten Steuer. Erforderlichenfalls wird geschätzt.

13. Uebersteigt die am Schlusse des Steuerabschnitts auf Grund der Veranlagung für die Gesamtumsätze festgesetzte Steuer den Gesamtbetrag der Vorauszahlungen um mehr als 20 v. H. der Vorauszahlungen, so erhöht sich die Steuer um 10 v. H. dieses überschießenden Betrages. Es liegt daher im Interesse der Steuerpflichtigen, die Vorauszahlungen in solcher Höhe zu leisten, daß die endgültig zu veranlagende Steuer annähernd gedeckt ist. Für nicht fristgemäß eingegangene Vorauszahlungen werden Verzugszinsen berechnet, die von dem Betrage der Vorauszahlung in Abzug gebracht werden. Ueberschießende Beträge werden gegebenenfalls mit Zinsen zurückbezahlt oder auf die nächste Vorauszahlung angerechnet.

Herford/Bünde, den 8. Januar 1923.

Finanzamt Bünde. Rüter. **Finanzamt Herford.** Möller.

Pacht- und Mietstempel.

Wer als Verpächter oder Vermieter im Kalenderjahre 1922 mündliche oder schriftliche Pacht- und Mietverträge abgeschlossen hat über im Inlande gelegene unbewegliche Sachen (Ländereien, Räume für Wohn-, Gewerbe- oder Betriebszwecke), bei denen der nach der Dauer eines Jahres zu berechnende Pacht- oder Mietzins mehr als 360 *M* betragen hat, muß das über diese Verträge anzulegende Pacht- und Mietverzeichnis spätestens bis zum Ablauf des Monats Januar 1923 verstempeln lassen.

Die Verstempelung geschieht im Finanzbezirk Herford im Finanzamt, Rathaus, Zimmer Nr. 111 (nicht mehr im Zollamt I), wo auch die Vordrucke zu den anzulegenden Verzeichnissen zu haben sind.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß auch **schriftliche oder mündliche Verträge über die Vermietung möblierter Zimmer** stempelpflichtig sind.

Verpächter und Vermieter, die die rechtzeitige Vorlegung der Pacht- und Mietverzeichnisse zur Verstempelung unterlassen, sind vom Gesetz mit Strafe bedroht.

Herford, den 6. Januar 1923.

Finanzamt Herford.

Statt Karten.

Gestern morgen entschlief sanft unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau
Karoline Schneider
geb. Winge

im Alter von 70 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Kasch.

Herford, den 15. Januar 1923.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause, Salzufler-Straße 55, aus statt.

Nutzholz-Verkauf!

Am Donnerstag, den 18. Januar d. J., vormittags 10 Uhr beginnend, sollen in dem Stadtforst Lübbecke südlich des Hilgenstuhl's (oberhalb Berger)

etwa 170 Festmeter Fichten-Nutzholz 2—4. Klasse und **40 Nummern Fichtenderbstangen** 2—7. Klasse

öffentlich meistbietend verkauft werden. — Käufer wollen sich zum genannten Termin an Ort und Stelle einfinden.

Lübbecke, den 8. Januar 1922

Der Magistrat J. V.: Reineke

Stadttheater Herford.

III. Städt. Volks-Symphonie-Konzert

Sonnabend, den 20. u. Montag, den 22. Januar 1923, abds 8 Uhr.

Leitung: städt. Musikdirektor Quest.
Solist: Konzertmeister Feinland.

Beethoven: Symphonie Nr. 2.
Bruch: Violinkonzert g-moll.
Mendelssohn: Ouverture zum Sommernachtstraum.

Einführende Worte: Musikdirektor Quest

Vorverkauf ab Donnerstag dieser Woche an der Theaterkasse im Stadttheater. Plätze zu 30 Mark.

Wir kaufen

Papier-Abfälle

aller Art:

alte Bücher zum Einstampfen, Zeitschriften, Zeitungen usw.

Herforder Zeitung für Stadt u. Land

Großhandlung aus dem Ruhrbezirk sucht trockene

Lagerräume

gleich welche Lage ca. 300 qm oder mehr.

Es kommen auch Räume in stilliegenden oder nur teilweise beschäftigten Betrieben in Frage; evtl. nur vorübergehend. Eil-Angebote an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter Nr. 9461.

Für den Nachweis von gebrauchten

Lokomobilen Dampfkesseln Dieselmotoren Vollgattern Feldbahngleis

zahlen hohe Provision.

Karl Suhr, G. m. b. H., Hamburg 13, Rentzelstraße 6.

Gold, Silber Platin

Gebisse, Brennstifte kauft

ständig zu höchsten Tagespreisen

H. Degen, Goldschmied Rennastrasse 15.

Rentormauer 11.

Täglich

von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Ankauf von allen Sorten Fellen, Altmetalle, Eisen, Lumpen, Papier, Knochen und sonstigen Sachen.

Auf Wunsch wird abgeholt. Telefon 1074.

Fr. Niemeier.

Lauf-bursche

für Nachmittags gesucht.

Wemmer Nachf.

Metallbetten

Stahlmatr., Kinderbetten dir. an Priv., Katal. 72 frei. **Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)**

Sofas Schlafzimmer, sowie **Einzelmöbel neu.**

Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, obige Sachen bedeutend unter den heutigen Tagespreisen abzugeben, nur solange der Vorrat reicht.

An- und Verkaufsstelle von neuen und gebrauchten Haushaltungsgegenständen sowie Kleidern und Schuhen

Jakob Schmitt, Stiftbergstr. 1, Tel. 1123.

Kluge Mütter

geben ihren Kindern bei der Englischen Krankheit und Skrofulose zur Blut- und Knochenbildung

Telacin

Niederlage in den Apotheken und Drogerien.

Technikum Lemgo, Lippe

Höhere technische Lehranstalt Staatskommissar.

Lichtspielhaus „WITTEKIND"

Heute, Montag auf vielseitigen Wunsch noch zwei Vorführungen

Johann Baptiste Lingg!

Die Geschichte eines besetzt. Gebietes unter der Tyrannenherrschaft der Franzosen in 7 inhaltlich überwältigenden Akten.

Dazu

Exzellenz v. Madagaskar
2. Teil
Im Glutrausch der Sinne
1. Teil

Zeitig kommen!

Achtung! Achtung!

Anwohnern der Hermannstraße, Elverdisser-, Lockhauser-, Ahmser Straße, Hellerweg usw.

zur Kenntnis, daß ich am **Dienstag, den 16. u. Mittwoch, den 17 d. Mts** (nur an diesen beiden Tagen)

die höchsten Preise für Eisen, Lumpen, Knochen, Metalle, Felle usw. zahle.

Annahme von morgens 9—6 Uhr abends.

Dominikus Oeser, Hellerweg 7 (Heitmannshof).

Für Gold-, Silber-, Platin-Gegenstände, wie:

Ketten, Ringe, Löffel, goldene Uhren, Brennstifte usw., auch für künstliche Gebisse und einzelne Zähne mit echten Platinfüllen pro Zahn 1000 Mk., zahle ich ganz **enorm hohe, noch nie dagewesene Preise.**

Bevor Sie irgend welche Gegenstände aus Edelmetall verkaufen, bitte erst mein Gebot einzuholen.

Mitteldeutsche Edelmetall-Zentrale, Grommes & Söhne,
Herford, Deichtorwall 9.